

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

März 2014



Forschungsergebnisse

**„Restarter“
scheitern erneut**

Wirtschaftspolitische Analyse

**Steuerpolitik vertieft
Wohlstandskluft in USA**

Schwerpunkt

Innovationen

Foto: © dpa

Direkte Demokratie und Besteuerung

In der Bundesrepublik ist eine Ausweitung von Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen ein klar erkennbarer Trend. Eine neue ZEW-Studie untersucht, wie sich direkte Demokratie auf die Steuerpolitik von Kommunen auswirkt.

Im Gegensatz zu Demokratien wie der Schweiz haben Bürgerbegehren und Volksentscheide in der Bundesrepublik Deutschland noch keine lange Tradition. Erst nach 1990 ist es auf den Ebenen von Bundesländern und Kommunen zu einer Ausweitung von Formen der direkten Demokratie gekommen. Ganz allgemein ist zu erwarten, dass diese Reformen den Einfluss der Wähler gegenüber den gewählten Politikern stärken. In einer repräsentativen Demokratie können Wähler die politischen Repräsentanten nur nach Ablauf einer Legislaturperiode durch Abwahl bestrafen. Verfügen sie hingegen über die Option des Volksentscheids, steht ihnen auch während der Legislaturperiode ein ständiges Druckmittel zur Verfügung.

Dabei ist zu vermuten, dass die Zulassung von Referenden auch einen Einfluss auf die Budgetpolitik haben sollte. Auch wenn es um mit Ausgaben verbundene Projekte, Steuerentscheidungen oder Staatsverschuldung geht, dürften Elemente der direkten Demokratie die politischen Gleichgewichte und damit die fiskalischen Entscheidungen beeinflussen. Derartige Zusammenhänge sind im Kontext der Vereinigten Staaten oder der Schweiz vergleichsweise gründlich erforscht, nicht aber für Deutschland. Eine aktuelle ZEW-Studie hat an diesem Erkenntnisdefizit angesetzt und die Wirkungen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf der kommunalen Ebene in Bayern auf die Steuerpolitik der Kommunen untersucht.

Bayern bietet sehr gute Bedingungen für entsprechende Analysen, weil Bürgerbegehren seit ihrer Zulassung auf der kommunalen Ebene im Jahr 1995 zahlreich sind: Zwischen 1995 und 2011 waren über 2.400 Bürgerbegehren zu verzeichnen, die in mehr als 1.300 Fällen zu einem Bürgerentscheid geführt haben.

Was also ist für die Steuerpolitik von Gemeinden zu erwarten, wenn Bürger eine stärkere Einflussmöglichkeit erhalten? Gemeinden verfügen mit der autonomen Entscheidung über die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer über vergleichsweise ausgeprägte Autonomie. Aus Sicht der Wähler sind diese Steuern allerdings in unterschiedlicher Art und Weise spürbar. Die Grundsteuer B für Gebäude (bzw. bebaubare Grundstücke) trifft weite Bevölkerungskreise unmittelbar: Mieter finanzieren diese über die Nebenkosten und Selbstnutzer einer Immobilie sind unmittelbar zahlungspflichtig. Ganz anders die (sichtbare) Breitenwirkung der Gewerbesteuer: Diese wird nur von wenigen Unternehmen, die bestimmte Freibeträge überschreiten, abgeführt. Zwar dürfte die Gewerbesteuer in ihren umfassenden Wirkungen weitere Wählerkreise – zum Beispiel über negative Effekte auf die Entlohnung von Arbeitnehmern oder die Abwanderung von Unternehmen – treffen. Derartige Wirkungen verlaufen allerdings wenig sichtbar und sind daher politisch eher von geringer Bedeutung. Ein stärkerer Wählereinfluss durch Elemente direkter Demokratie lässt daher erwarten, dass es zu einer Umschichtung bei den Steuern in Richtung der Gewerbesteuer kommt. Es ist für eine Mehrheit attraktiv, Finanzierungslasten auf eine kleine Minderheit zu konzentrieren.

Dieser Vermutung steht auch nicht die Tatsache entgegen, dass sich Bürgerbegehren in Bayern nicht direkt auf die Steuersätze beziehen dürfen. Über Hebesätze von Grund- oder Gewerbesteuer darf es keine Referenden geben. Gleichwohl besteht eine indirekte Einflussmöglichkeit: Wähler können den Gemeinderat für eine nicht akzeptierte Steuerpolitik abstrafen, indem sie ihn bei anderen Entscheidungen blockieren. Die Politiker

könnten dann gezwungen sein, die Akzeptanz etwa eines großen Infrastrukturprojekts dadurch zu steigern, dass sie den Finanzierungsmix durch Änderungen der Hebesätze verändern.

Mehr Bürgerbeteiligung lässt Hebesätze steigen

Die empirische Forschung steht bei der Überprüfung dieser Hypothese vor dem Problem, dass aus einer beobachtbaren Korrelation noch keine kausale Beziehung abgeleitet werden kann. Auch wenn also in Gemeinden mit mehr Referenden höhere Gewerbesteuern zu beobachten sind, wäre damit noch nichts bewiesen. Hierfür findet die Studie eine Lösung. Sie macht sich zunutze, dass die geforderte Unterschriftenzahl für ein erfolgreiches Bürgerbegehren von der Bevölkerungsgröße der Gemeinde abhängt. In großen Gemeinden werden – bezogen auf die Bevölkerungszahl – nicht so viele Unterschriften wie in einer kleinen Gemeinde verlangt. Somit unterscheiden sich Gemeinden danach, wie leicht Referenden möglich sind. Stellt man auf diesen Unterschied ab, zeigt sich für die Kommunen im Freistaat zweierlei: Die Hebesätze der Kommunalsteuern gehen mit mehr direkter Demokratie (geringeren Unterschriftenanforderungen für ein Bürgerbegehren) nach oben und es kommt zu einer Verlagerung weg von der Grundsteuer hin zur Gewerbesteuer. Dies erhärtet die Vermutung, dass Wähler offenbar in dem Glauben leben, dass höhere Gewerbesteuern ihren Wohlstand weniger stark beeinträchtigen als die direkt sichtbaren Grundsteuern.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 14-003) findet sich unter: www.zew.de/publikation7307

PD Dr. Friedrich Heinemann, Heinemann@zew.de

Keine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Nutzung des mobilen Internets

Das mobile Internet ermöglicht Unternehmen und Beschäftigten Arbeitsplätze und Arbeitszeiten flexibel zu gestalten. Wie eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, besteht jedoch kein kausaler Zusammenhang zwischen dem Anteil der Beschäftigten mit Zugang zu mobilem Internet und der Arbeitsproduktivität auf Unternehmensebene.

Computer und das Internet gehören mittlerweile in vielen Berufen und an vielen Arbeitsplätzen zu den Standardwerkzeugen. Sie haben Arbeitsplätze verändert, zu einer gestiegenen Arbeitsproduktivität beigetragen und den Bedarf an hochqualifiziertem Personal weiter erhöht.

Fortschritte bei der Bereitstellung von drahtlosem Hochgeschwindigkeits-Internet sowie die Entwicklung entsprechender Endgeräte wie Laptops, Tablet-Computer und Smartphones sind wesentliche Voraussetzungen für die zunehmende Verbreitung des mobilen Internets. In Deutschland hat sich die Anzahl der

Nutzer des mobilen Internets in den Jahren 2008 bis 2012 von 13,6 Millionen auf 33,6 Millionen beinahe verdreifacht. Im selben Zeitraum ist das Datenvolumen, das über das mobile Internet übertragen wurde, von elf auf 156 Millionen Gigabytes angestiegen (siehe Grafik Seite 3).

Zu jeder Zeit und an jedem Ort das Internet nutzen

In den Unternehmen kann das mobile Internet zu einer verbesserten Kommunikation beitragen und die damit verbundenen Kosten senken. Auch versetzt es Beschäftigte in die Lage, jederzeit und an jedem beliebigen Ort auf Daten des Arbeitgebers zuzugreifen. Das Arbeiten wird somit organisatorisch und zeitlich flexibler und dezentraler.

Ob der zunehmende Einsatz des mobilen Internets auch zu einer höheren Arbeitsproduktivität in den Unternehmen führt, hat das ZEW nun erstmals in einer aktuellen Studie untersucht.

Die Analyse des ZEW basiert auf der Welle 2010 der ZEW IKT-Umfrage bei Unternehmen in Deutschland mit mehr als fünf Beschäftigten aus dem verarbeitenden Gewerbe und aus unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen. Rund 4.400 Unternehmen wurden hierbei zu allgemeinen Unternehmenscharakteristika und insbesondere zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) befragt. Die Welle 2010 ist die erste der seit 2000 regelmäßig durchgeführten IKT-Umfrage, die Informationen zur Nutzung des mobilen Internets enthält. Die für die ZEW-Untersuchung verwendete Stichprobe umfasst 2.460 Unternehmen.

14 Prozent der Beschäftigten arbeiten mit mobilem Internet

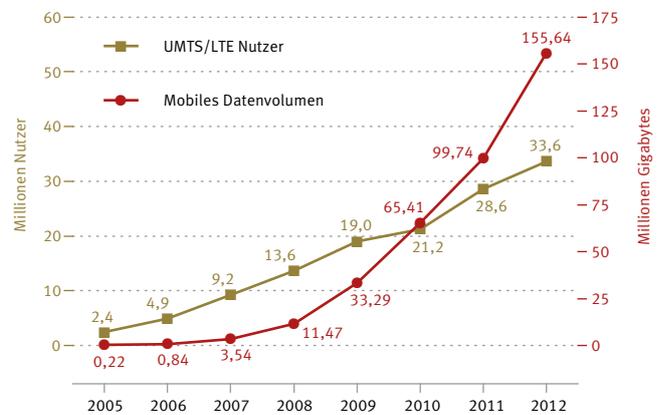
In den befragten Unternehmen arbeiten durchschnittlich 47 Prozent der Beschäftigten überwiegend am Computer, 57 Prozent haben einen stationären und 14 Prozent einen mobilen Internetzugang. Insgesamt 68 Prozent der befragten Unternehmen stellen mindestens einem ihrer Beschäftigten Zugang zu mobilem Internet zur Verfügung. Der höchste Anteil an Beschäftigten mit mobilem Internetzugang findet sich – wenig überraschend – bei den IKT-Dienstleistern mit 42 Prozent. Im Jahr 2010 stand das mobile Internet zumindest in Unternehmen noch recht am Anfang seiner Verbreitung. Mittlerweile dürfte der Anteil der Unternehmen und der Beschäftigten mit mobilem Internetzugang allerdings schon deutlich höher liegen.

Laut ZEW-Studie haben die Unternehmen, die mobiles Internet nutzen, eine höhere Arbeitsproduktivität, gemessen als Umsatz pro Beschäftigten, als Unternehmen ohne mobiles Internet. Sie sind zudem deutlich größer, erzielen höhere Umsätze, investieren mehr und beschäftigen mehr Hochqualifizierte. Ihre Produktion oder Dienstleistungserstellung zeichnet sich durch eine höhere IKT-Intensität aus.

Produktive Unternehmen nutzen neue Technologien

Die ökonometrische Analyse zeigt demnach, dass ein zunehmender Anteil der Beschäftigten mit mobilem Internetzugang mit einer höheren Arbeitsproduktivität einher geht. Jedoch kommt die ZEW-Studie auch zu dem Ergebnis, dass der höhere Anteil der Beschäftigten mit mobilem Internetzugang die höhere Arbeitsproduktivität nicht verursacht. Vielmehr spiegelt der positive Zusammenhang zwischen mobiler Internetnutzung und

MOBILES DATENVOLUMEN UND UMTS-/LTE-NUTZER IN DEUTSCHLAND 2005 – 2012



Quellen: Bundesnetzagentur 2013: Tätigkeitsbericht Telekommunikation 2012/2013, Seiten 44 und 45. Bundesnetzagentur 2012: Jahresbericht 2011, Seite 87.

Arbeitsproduktivität wider, dass gerade erfolgreichere und produktivere Unternehmen eher in neue Technologien wie eben auch das mobile Internet investieren.

Verstärkter Rückgriff auf mobiles Internet absehbar

Das letzte Wort bei diesem Thema ist aber noch lange nicht gesprochen. Die Nutzung des mobilen Internets dürfte sich in Zukunft weiter intensivieren und die Vielfalt und Art der dadurch ermöglichten Dienste und Zugriffsmöglichkeiten (siehe zum Beispiel Cloud Dienste) werden sich weiter entwickeln. Zukünftige Untersuchungen mit neueren Daten werden deshalb möglicherweise eine Kausalwirkung auf die Arbeitsproduktivität feststellen können. Aus früheren Forschungsarbeiten weiß man, dass Investitionen in IKT begleitet werden sollten von Investitionen in die Organisationsstruktur und in die Qualifikation der Beschäftigten, um das Potenzial der neuen Technologien voll auszuschöpfen. Solche Anpassungsprozesse kosten Zeit. Ferner ist zu berücksichtigen, dass eine hohe organisatorische und zeitliche Flexibilität hohe Abstimmungs- und Monitoringkosten mit sich bringen kann, die Effizienzsteigerungen entgegenstehen.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 13-188) findet sich unter: www.zew.de/publikation7323

Prof. Dr. Irene Bertsek, bertsek@zew.de
Thomas Niebel, niebel@zew.de

INHALT

Direkte Demokratie und Besteuerung 1
Keine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Nutzung des mobilen Internets 2
Gescheiterten Unternehmen droht auch bei der nächsten Gründung Insolvenz 4
Wertsteigerung durch Buy-and-Build-Strategien von Private Equity Gesellschaften 5

Schwerpunkt Innovationen 7
Nachgefragt: Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland? 11
Staatliche Steuerpolitik vertieft Wohlstandskluft in den Vereinigten Staaten 12
ZEW intern 14
Daten und Fakten 15
Standpunkt 16



Foto: © dpa

Gescheiterten Unternehmern droht auch bei der nächsten Gründung Insolvenz

Unternehmer, die ein früheres Unternehmen wegen drohender Insolvenz, einer gescheiterten Geschäftsidee oder alternativen Einkommensmöglichkeiten aufgeben mussten, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, auch mit einem neuen Unternehmen Insolvenz anzumelden. Dies zeigt eine neue Studie des ZEW.

Ein Thema, das zunehmend in der wissenschaftlichen Literatur über Unternehmensgründungen diskutiert wird, ist die Rolle von früherer Erfahrung als Unternehmer für die Performance des aktuellen Unternehmens. Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass sich frühere Unternehmenerfahrung positiv auf die Entwicklung des aktuellen Unternehmens auswirkt. Die vorrangige Begründung dafür ist, dass sich vormalige Unternehmer schon einmal als Unternehmer ausprobieren konnten und die Chance hatten zu lernen, was für eine erfolgreiche Unternehmensgründung wichtig ist: Sie können besser einschätzen, welche Geschäftsidee erfolversprechend ist, sie wissen auf welche Probleme man im Unternehmeralltag stoßen kann, konnten Lösungsmöglichkeiten erproben und ein eventuell auch für das aktuelle Unternehmen nützliches Netzwerk aus Lieferanten und Kunden aufbauen. Weiterhin sollte es erfahrenen Unternehmern leichter fallen, die nötige Finanzierung für ihr Vorhaben zu erhalten, da die Unternehmenerfahrung möglichen Geldgebern signalisiert, dass der oder diejenige zumindest eine gewisse Ahnung davon hat, worauf er oder sie sich einlässt und deswegen eine wohlüberlegte Entscheidung getroffen und ein tragfähiges

Konzept entwickelt hat. Selbst im Falle eines vormaligen Scheiterns der Unternehmensgründung lässt sich argumentieren, dass der Unternehmer oder die Unternehmerin dann zumindest gelernt haben sollte, was nicht funktioniert.

Wenig gesichertes Wissen über Wertigkeit von Gründungserfahrung

Die bisherige Evidenz zur Rolle von Unternehmenerfahrung für die Performance des aktuellen Unternehmens ist gemischt. Es gibt eine US-amerikanische Studie, die zeigt, dass vormalig erfolgreiche Unternehmer erfolgreicher sind als unternehmerische Neulinge. Allerdings gilt dies nur für Unternehmen, die Venture Capital erhalten haben und damit nur für einen sehr kleinen Anteil aller Gründungen. Bei nicht erfolgreicher Unternehmenerfahrung ist das Bild noch undeutlicher. In einigen qualitativen Studien wird gezeigt, dass auch vormalig erfolgreiche Unternehmer erfolgreicher als Gründer ohne Unternehmenerfahrung sind. Diese Ergebnisse konnten aber in Studien mit größeren Datensätzen nicht bestätigt werden. An dieser Stelle knüpfen die Autoren der neuen ZEW-Studie an.

Für die Analyse des ZEW wird das KfW/ZEW-Gründungspanel verwendet. Dies ist ein repräsentativer Datensatz für Gründungen und junge Unternehmen in Deutschland. Mit diesem Datensatz ist es möglich, Gründer mit Unternehmenerfahrung zu identifizieren. Zum anderen wird erfasst, was aus den früheren Un-

ternehmensgründungen geworden ist. Damit kann zwischen erfolgreichen und nicht erfolgreichen früheren Unternehmern unterschieden werden.

Verschiedene Typen von „Restartern“

Insgesamt unterscheiden die Wissenschaftler in der Studie zwischen vier Typen von sogenannten „Restartern“, also Gründern mit Unternehmererfahrung: 1) Portfolio-Unternehmer (Unternehmer, die neben dem aktuellen Unternehmen noch mindestens ein weiteres Unternehmen führen), 2) Serielle Unternehmer (Unternehmer, die bereits Inhaber eines Unternehmen waren, dieses Unternehmen aber entweder verkauft oder an einen Nachfolger übergeben haben), 3) gescheiterte Restarter (Unternehmer, deren früheres Unternehmen entweder wegen Insolvenz geschlossen wurde oder aus anderen Gründen aufgelöst werden musste, und 4) „gemischte“ Restarter (Unternehmer, die sowohl

eine erfolgreiche als auch eine nicht-erfolgreiche Unternehmervergangenheit aufweisen). Mithilfe von Überlebensdauermodellen wird überprüft, inwieweit sich diese vier Typen von Unternehmererfahrung im Vergleich zu keiner Unternehmererfahrung auf die Überlebenschancen des aktuellen Unternehmens auswirken.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Überlebenswahrscheinlichkeit von Unternehmen erfolgreicher „Restarter“ (Portfolio-Unternehmer und serielle Unternehmer) und der gemischten Restarter nicht von der Überlebenswahrscheinlichkeit von Unternehmen unterscheidet, deren Gründer keinerlei Unternehmererfahrung haben. Gescheiterte „Restarter“ haben allerdings eine beinahe doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit wie erstmalige Unternehmensgründer, auch ihr aktuelles Unternehmen wieder zu schließen. Der wahrscheinlichste Weg des Marktaustritts ist die Insolvenz.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 14-009) findet sich zum Download unter: www.zew.de/publikation7324

Dr. Bettina Müller, bettina.mueller@zew.de

Wertsteigerung durch Buy-and-Build-Strategien von Private Equity Gesellschaften

Eine aktuelle ZEW-Studie zeigt, dass Private Equity Investoren, die Buy-and-Build-Strategien durchführen, die Ressourcen und Kapazitäten ihrer Portfoliounternehmen effizienter einsetzen und somit die Profitabilität der Unternehmen steigern. Buy-and-Build-Strategien umfassen die primäre Akquisition eines Unternehmens, das als Plattform für den Aufbau einer Unternehmensgruppe durch Private Equity Investoren dient, sowie für Folgeakquisitionen von weiteren Unternehmen.

Private Equity (PE)-Gesellschaften betonen seit längerer Zeit ihren Beitrag zur Wertsteigerung der zu ihrem Investment-Portfolio gehörenden Unternehmen. Eine zentrale Strategie mit der PE-Investoren den Wert ihrer Portfoliounternehmen steigern können, ist die so genannten „Buy-and-Build“-Strategie (B&B). Bei den B&B-Transaktionen erwirbt der Investor zunächst ein Unternehmen, das als Plattform für weitere Unternehmenskäufe, die so genannten „Add-ons“, dient, die in der Regel ebenfalls durch den Investor initiiert werden. Bei einer B&B-Strategie profitieren die involvierten Unternehmen sowohl von den Vorteilen einer PE-Beteiligung als auch von den Vorteilen einer strategischen Akquisition.

Viele Vorteile durch B&B-Strategien

Der PE-Investor ermöglicht einen besseren Zugang zu Kapital, den Zugang zum Investorennetzwerk und verfügt über Erfahrung im Finanz-Engineering und in der Transaktionsdurchführung, die den beteiligten Unternehmen zugute kommen. Das Plattform-Unternehmen als strategischer Käufer der Add-on-

Unternehmen verfügt über Markt- und Managementexpertise sowie über das Potenzial, die Investitionsrendite der Unternehmensgruppe zu steigern, indem es Synergieeffekte mit den Add-ons realisiert. Somit ergänzen sich bei B&B-Strategien die PE-Investoren und die strategischen Käufer und ziehen einen Nutzen daraus, der für keine der Parteien allein realisierbar wäre.

Ressourcen können kombiniert werden

Während PE-Transaktionen und Mergers-and-Acquisitions (M&A) bereits häufiger im Fokus der Corporate Finance Literatur standen, sind die B&B-Strategien, die im Grunde PE-finanzierte M&A darstellen, weitestgehend unerforscht. Die ZEW-Studie trägt zum besseren Verständnis der B&B-Transaktionen bei. Darüber hinaus zeigt sie wie PE-Investoren bei der Bildung neuer Unternehmenseinheiten Ressourcen kombinieren können, um deren Nutzung effizienter zu gestalten und um einen höheren Wert für das neue Unternehmensgebilde zu erzielen.

Im Rahmen der Studie wurden 844 Unternehmen identifiziert, die im Zeitraum 2000 bis 2008 in 15 europäischen Ländern in einer B&B-Transaktion involviert waren. 297 davon sind Plattformunternehmen und 547 Add-ons (siehe Tabelle Seite 6).

Erfolgreiche Unternehmen mit weiterem Potenzial

Die Analysen des ZEW zeigen, dass die Unternehmen, die in einer B&B-Transaktion involviert waren, im Jahr vor der Transaktion signifikant größer (gemessen am Umsatz) waren, eine niedrigere Verschuldung und eine höhere Profitabilität aufwiesen im

Vergleich zu Unternehmen, die kein Gegenstand von B&B waren. Darüber hinaus hatten B&B-Unternehmen eine niedrigere Kapazitätsauslastung, gemessen am realisierten Umsatz pro Vermögenseinheit (Umsatz zu Bilanzsumme), als die nicht akquirierten Unternehmen. Dies ist ein Indikator für die Fähigkeit der PE-Investoren, erfolgreiche Unternehmen, die aber gleichzeitig weiteres Wertsteigerungspotenzial haben, auszuwählen.

Zusätzliches Umsatzwachstum realisiert

Eine Gegenüberstellung von Plattform-, Add-on- und sonstigen PE-Zielunternehmen zeigt deutliche Unterschiede in den Charakteristika der drei Unternehmensgruppen. Die kleinsten Add-ons weisen die höchste Kapazitätsauslastung und die höchste Ertragsquote auf, gemessen am Verhältnis von Ertrag zum Gesamtvermögen. Im Gegensatz dazu sind die Plattformunternehmen signifikant größer, weniger ertragsstark und erzielen einen niedrigeren Umsatz pro Vermögenseinheit im Vergleich zu den Add-ons und den „klassischen“ PE-Zielunternehmen.

Die Berechnungen des ZEW bestätigen die Hypothese, dass PE-Investoren profitablere Unternehmen für die B&B-Strategie wählen. Während Profitabilität auch für die üblichen PE-Zielgesellschaften wichtig ist, realisieren Plattformunternehmen zusätzlich Umsatzwachstum. Dagegen sind Add-ons eher langsamer wachsende Unternehmen. Es zeigt sich, dass im Rahmen der B&B-Strategie PE-Investoren die Übernahme von langsamer wachsenden Add-ons durch stärker wachsende Plattformunternehmen unterstützen, die die Vermögenswerte der Add-ons effektiver umsetzen können. Es scheint, dass die Investoren Unternehmen mit einer höheren Kapazitätsauslastung, gemessen am Umsatz pro Unternehmensvermögenswert, bevorzugen.

Ein Kernergebnis der Studie ist, dass die Kapazitätsauslastung der Plattformunternehmen nach der B&B steigt, während die der Add-ons sinkt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass PE-Investoren die B&B-Strategie für den effizienteren Einsatz von Ressourcen und Kapazitäten nutzen, indem sie Ressourcen von

BUY-ANDBUILD-STRATEGIEN NACH LÄNDERN 2000 BIS 2008

	Buy-and-Build	davon als Plattform	davon als Add-on
Vereinigtes Königreich	246	84	162
Frankreich	192	69	123
Spanien	76	31	45
Deutschland	65	25	40
Schweden	57	24	33
Italien	49	14	35
Niederlande	39	12	27
Belgien	38	13	25
Finnland	36	10	26
Dänemark	21	5	16
Portugal	9	4	5
Irland	8	2	6
Österreich	4	3	1
Griechenland	3	1	2
Luxemburg	1	-	1
Insgesamt	844	297	547

Lesehilfe: Im Untersuchungszeitraum 2000 bis 2008 waren in Deutschland 65 Unternehmen in Buy-and-Build-Strategien involviert, davon fungierten 25 Unternehmen als Plattform und 40 als Ad-Ons.

Unternehmen mit Überschusskapazitäten (niedrige Kapazitätsauslastung) zu Unternehmen mit fast ausgeschöpften Kapazitäten (hohe Kapazitätsauslastung) verschieben. Im Hinblick auf die Profitabilität und somit auf eine Verbesserung des Unternehmenswerts zeigt sich ein positiver Einfluss der B&B-Strategie auf Plattform- und Add-on-Unternehmen mit steigender Auslastung gemessen am Umsatz pro Vermögenswert nach Branchenberichtigung. Für Firmen mit sinkendem Umsatz pro Vermögenswert führt die B&B-Strategie zu einer schlechteren Performance.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 13-094) findet sich zum Download unter: www.zew.de/publikation7239

Dr. Mariela Borell, borell@zew.de



Im Rahmen von Buy-and-Build-Strategien verschieben PE-Investoren Ressourcen von Unternehmen mit Überschusskapazitäten zu Unternehmen mit fast ausgeschöpften Kapazitäten.

Foto: © dpa



Schwerpunkt INNOVATIONEN

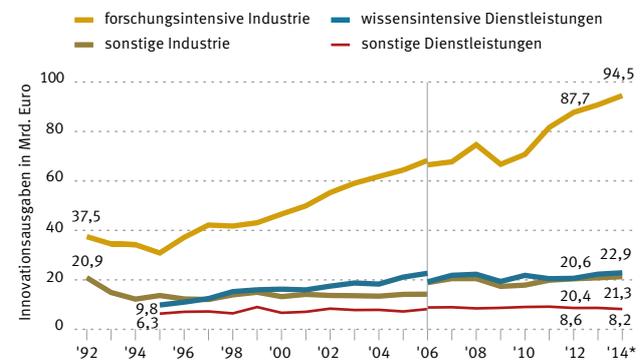
Innovationsaktivitäten der deutschen Wirtschaft mit gemischter Bilanz

Während die Innovationsausgaben der Großunternehmen weiter anstiegen, schlug sich die unsichere wirtschaftliche Lage in der Eurozone im Jahr 2012 in verringerten Innovationsaktivitäten der kleineren Unternehmen sowie der Unternehmen aus Branchen mit einer generell geringeren Innovationsorientierung nieder. Trotz der in Deutschland günstigen Konjunktur ging der Anteil der Unternehmen, die Produkt- oder Prozessinnovationen eingeführt haben, im Jahr 2012 auf 38,3 Prozent zurück. Die zentralen Innovationsindikatoren im Überblick:

- Die Innovationsausgaben, deren Höhe wesentlich von den großen Konzernen bestimmt wird, nahmen 2012 weiter zu. Sie erreichten mit 137,4 Milliarden Euro einen neuen Spitzenwert (plus 4,8 Prozent gegenüber 2011). Vier Fünftel des Zuwachses gehen auf das Konto des Fahrzeugbaus (plus 14 Prozent gegenüber 2011). Eine merkliche Ausweitung der Innovationsbudgets melden außerdem die Chemie- und Pharmaindustrie und der Maschinenbau, während die Elektroindustrie einen Rückgang von sechs Prozent verzeichnete.
- Die Unternehmen in Deutschland planen, in den Jahren 2013 und 2014 mehr Geld für Innovationsaktivitäten auszugeben. Insgesamt ist vorgesehen, dass die Innovationsausgaben im Jahr 2013 um 3,7 Prozent auf 142,6 Milliarden Euro steigen. Für 2014 ist eine weitere Erhöhung der Innovationsbudgets um 3,0 Prozent auf dann 146,9 Milliarden Euro geplant.
- Innovatoren sind Unternehmen, die Produkt- oder Prozessinnovationen eingeführt haben. Ihr Anteil an allen Unternehmen sank im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozent auf 38,3 Prozent. Vor der Finanzmarktkrise des Jahres 2008 hatte die Innovatorenquote bei 47,0 Prozent gelegen. Im Vergleich hierzu verringerte sich die Anzahl der Innovatoren bis 2012 um 18 Prozent.
- Der Anteil der Innovationsausgaben am Umsatz der deutschen Wirtschaft – die sogenannte Innovationsintensität – erreichte 2012 den höchsten Stand seit 2007. Sie stieg auf 2,71 Prozent, 2011 hatte sie 2,58 Prozent betragen.

- Die deutsche Wirtschaft erzielte im Jahr 2012 mit Produktinnovationen einen Umsatz von rund 644 Milliarden Euro. Dies entspricht 12,6 Prozent des gesamten Umsatzes der deutschen Wirtschaft. Der Umsatzanteil der Produktinnovationen lag damit klar unter dem Vorjahresniveau von 14,5 Prozent.

INNOVATIONS-AUSGABEN 1992 BIS 2014



Nominelle Werte; 2006 Bruch in der Zeitreihe, Werte für 2012 vorläufig. *Angaben für 2013 und 2014 beruhen auf Planangaben/Erwartungen der Unternehmen vom Frühjahr 2013.

- Prozessinnovationen ermöglichten es der deutschen Wirtschaft, im Jahr 2012 ihre durchschnittlichen Stückkosten um 3,3 Prozent zu reduzieren. Damit ging das Ausmaß der innovationsgetriebenen Kostensenkung im fünften Jahr in Folge zurück.

Innovationsausgaben gestiegen

Die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft nahmen 2012 um 4,8 Prozent auf 137,4 Milliarden Euro zu. Den größten Zuwachs verzeichnete die forschungsintensive Industrie (plus 7,4 Prozent) und die sonstige Industrie (plus 2,8 Prozent). In den wissensintensiven Dienstleistungen stiegen die Innovationsausgaben 2012 um 0,7 Prozent an, in den sonstigen Dienst-

leistungen verringerten sie sich um 3,1 Prozent. Den mit Abstand größten Beitrag zu den gesamtwirtschaftlichen Innovationsausgaben leistete auch 2012 wieder die forschungsintensive Industrie. Auf sie entfielen mit 87,7 Milliarden Euro fast 64 Prozent der gesamten Innovationsausgaben. Die wissensintensiven Dienstleistungen und die sonstige Industrie steuerten jeweils etwa 15 Prozent bei. Die sonstigen Dienstleistungen gaben 2012 rund 8,6 Milliarden Euro für Innovationen aus, das entspricht einem Anteil von gut 6 Prozent (siehe Grafik Seite 7).

Die nähere Betrachtung der Innovationsausgaben für 2012 zeigt, dass der Zuwachs um 4,8 Prozent gegenüber 2011 auf 137,4 Milliarden Euro erneut vor allem von den großen Unternehmen (500 und mehr Beschäftigte) getragen wurde. Die kleineren Unternehmen traten angesichts der aufgrund der Eurokrise unsicheren konjunkturellen Situation im Jahr 2012 bei den Innovationsaktivitäten weiter auf die Bremse.

In den Jahren 2013 und 2014 werden die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft voraussichtlich weiter zunehmen. Die im Frühjahr 2013 von den Unternehmen abgegebenen Planzahlen lassen einen Anstieg der Innovationsausgaben im Jahr 2013 auf 142,6 Milliarden Euro und im Jahr 2014 auf 146,9 Milliarden Euro erwarten.

Besonders hohe Zuwächse planen die wissensintensiven Dienstleistungen (plus 11 Prozent für 2012 bis 2014) und die forschungsintensive Industrie (plus 8 Prozent bis 2014). In der sonstigen Industrie sollen die Innovationsausgaben von 2012 bis 2014 mit einem Plus von 4 Prozent nur moderat zunehmen.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Planzahlen der Innovationsausgaben für das Erhebungsjahr die tatsächliche Entwicklung meist gut vorweggenommen haben. Die Planzahlen für das Folgejahr wichen dagegen häufig stärker von den letztlich realisierten Werten ab, wobei meist die Planungen unter den letztlich realisierten Werten lagen.

Innovatorenquote gesunken

Insgesamt gab es im Jahr 2012 in den hier betrachteten Wirtschaftszweigen in Deutschland rund 106.000 Innovatoren. Die Innovatorenquote lag bei 38,3 Prozent. Im Vergleich zum Vor-

krisenniveau im Jahr 2008, als die Quote 47,0 Prozent betrug, verringerte sich die Anzahl der Innovatoren bis 2012 um 18 Prozent. Der Rückgang der Innovatorenquote betraf alle vier Hauptsektoren (siehe Grafik). Differenziert nach Branchen zeigen 2012 EDV/Telekommunikation (76 Prozent), Chemie- und Pharmaindustrie (71 Prozent), Maschinenbau (70 Prozent) und Elektroindustrie (69 Prozent) die höchsten Innovatorenquoten. Niedrige Innovatorenquoten von unter 25 Prozent berichten die Wasserversorgung und Entsorgung sowie das Transportgewerbe.

Innovationsintensität gestiegen

Der Anteil der Innovationsausgaben am Umsatz der deutschen Wirtschaft – die sogenannte „Innovationsintensität“ – nahm 2012 von 2,58 Prozent auf 2,71 Prozent zu. Den höheren Innovationsausgaben standen insgesamt stagnierende Umsät-

INNOVATORENQUOTE 1992 BIS 2012



Unternehmen mit Produkt- oder Prozessinnovationen in % aller Unternehmen ab 5 Beschäftigte. 2006 Bruch in der Zeitreihe; Werte für 2012 vorläufig.

ze der deutschen Wirtschaft im Jahr 2012 gegenüber. Die forschungsintensive Industrie erhöhte ihre Innovationsintensität von 7,9 Prozent auf einen neuen Höchstwert von 8,3 Prozent. In den wissensintensiven Dienstleistungen (ohne Finanzdienstleistungen) ging sie dagegen von 4,8 Prozent auf 4,7 Prozent

Wirtschaftssektoren

Die Innovationserhebung des ZEW erfasst Unternehmen ab 5 Beschäftigte in den folgenden Wirtschaftssektoren:

Forschungsintensive Industrie: Chemie- und Pharmaindustrie, Elektroindustrie sowie Maschinen- und Fahrzeugbau. **Sonstige Industrie:** alle Industriezweige außerhalb der forschungsintensiven Industriebranchen, inkl. Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Recycling. **Wissensintensive Dienstleistungen:** Verlage, Filmindustrie, Rundfunk, Fernmeldedienste, Datenverarbeitung und Informationsdienste, Finanzdienstleistungen, FuE-Dienstleistungen, Ingenieurbüros und technische Labore, Unternehmens-, Wirtschafts-, Rechtsberatung sowie Werbung. **Sonstige Dienstleistungen:** Großhandel, Transportgewerbe inkl. Reisebüros, Postdienste, Grafik- und Fotogewerbe, Reinigung und Gebäudedienste, Bewachung, Arbeitskräfteüberlassung sowie Büro-, Messe- und sonstige Unternehmensdienste. Folgende Sektoren sind nicht Teil der Innovationserhebung: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Baugewerbe, Kfz-Handel/Reparatur, Einzelhandel, Gastgewerbe, Immobilienwesen, Unternehmensverwaltung, Veterinärwesen, Vermietung, Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, öffentliche Verwaltung, konsumnahe und kulturelle Dienstleistungen.



Foto: © dpa

leicht zurück. In der sonstigen Industrie, in den sonstigen Dienstleistungen und in den Finanzdienstleistungen blieb die Innovationsintensität 2012 unverändert.

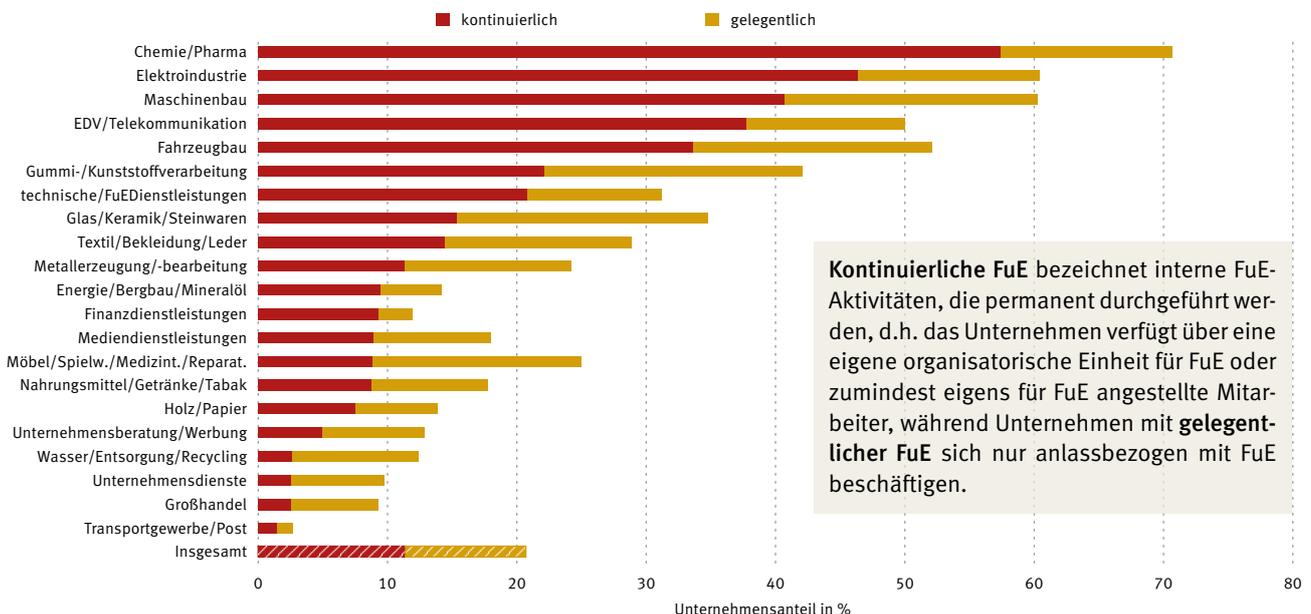
Auf Branchenebene zeigen sich sehr große Unterschiede bei diesem Indikator. Die höchsten Innovationsintensitäten wiesen im Jahr 2012 der Fahrzeugbau (10,2 Prozent) und die Elektroindustrie (8,7 Prozent) auf. Die Chemie- und Pharmaindustrie, die technischen/FuE-Dienstleistungen sowie die EDV/Telekommunikation folgen mit Werten zwischen 6,9 und 6,6 Prozent. Der Maschinenbau zählt mit 5,6 Prozent ebenfalls zur Gruppe der Branchen mit einer hohen Innovationsintensität. Im Großhandel, den Finanzdienstleistungen, der Energieversorgung (inkl. Bergbau und Mineralölverarbeitung), den Unternehmensdiensten sowie der Entsorgungs- und Wasserwirtschaft werden dagegen weniger als ein Prozent des Umsatzes in Innovationsprojekte investiert. Darüber hinaus zeigt sich, dass Großunternehmen

weiterhin eine deutlich höhere Innovationsintensität aufweisen als kleinere und mittlere Unternehmen (siehe Grafik Seite 10).

Niedrigere Neuproduktumsätze

Die deutsche Wirtschaft erzielte im Jahr 2012 mit Produktinnovationen einen Umsatz von rund 644 Milliarden Euro. Dies entspricht 12,6 Prozent des gesamten Umsatzes in den hier betrachteten Sektoren. Der Umsatzanteil mit neuen Produkten lag deutlich unter dem Vorjahresniveau von 14,5 Prozent. Bei insgesamt stagnierenden Umsätzen reduzierte sich der Absatz von Produktneuheiten im Vorjahresvergleich um 13 Prozent. Der Rückgang betraf alle vier Hauptsektoren. In der forschungsintensiven Industrie fiel die „Neuprodukttrate“ von 36 Prozent auf 34 Prozent. Die wissensintensiven Dienstleistungen verzeichneten einen starken Einbruch von 13 Prozent auf 9 Prozent. In

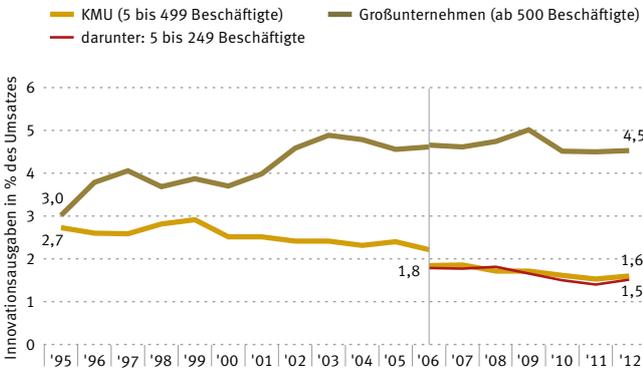
FuE-BETEILIGUNG 2012 NACH BRANCHENGRUPPEN



Kontinuierliche FuE bezeichnet interne FuE-Aktivitäten, die permanent durchgeführt werden, d.h. das Unternehmen verfügt über eine eigene organisatorische Einheit für FuE oder zumindest eigens für FuE angestellte Mitarbeiter, während Unternehmen mit **gelegentlicher FuE** sich nur anlassbezogen mit FuE beschäftigen.

Werte vorläufig.

**INNOVATIONSINTENSITÄT VON KMU UND GROSSUNTERNEHMEN
1995 BIS 2012**



Ohne Finanzdienstleistungen. 2006 Bruch in der Zeitreihe. Werte für 2012 vorläufig.

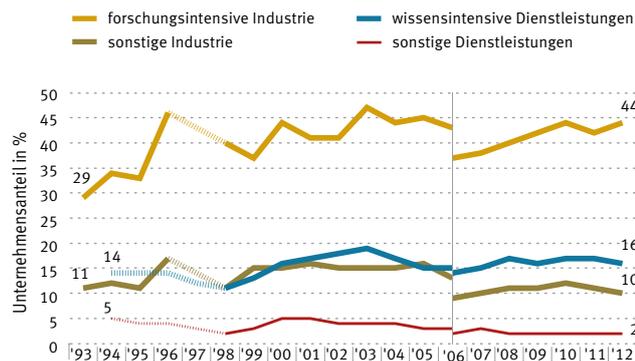
der sonstigen Industrie und in den sonstigen Dienstleistungen gab dieser Erfolgsindikator jeweils um einen Prozentpunkt nach (auf 8 Prozent bzw. 5 Prozent)

Kostensenkung durch Prozessinnovationen

Prozessinnovationen ermöglichten es der deutschen Wirtschaft, im Jahr 2012 ihre durchschnittlichen Stückkosten um 3,3 Prozent zu reduzieren. Damit ging das Ausmaß der innovationsgetriebenen Kostensenkung im fünften Jahr in Folge zurück. 2007 wurden noch Kosteneinsparungen von 4,1 Prozent erreicht. Die Unternehmen der forschungsintensiven Industrie konnten 2012 ihren Rationalisierungserfolg von 4,2 Prozent auf 4,6 Prozent leicht steigern, blieben aber ebenso unter dem Niveau des Jahres 2007 (5,5 Prozent) zurück wie die Firmen in der sonstigen Industrie (2012: 2,9 Prozent, 2007: 3,6 Prozent) und in den wissensintensiven Dienstleistungen (2012: 3,7 Prozent, 2007: 5,1 Prozent). In den sonstigen Dienstleistungen stieg dieser Indikator leicht auf 2,2 Prozent an, dem höchsten Wert seit 2006.

Ebenfalls rückläufig waren die direkten wirtschaftlichen Erträge von qualitätsverbessernden Prozessinnovationen. Sie wer-

**UNTERNEHMEN MIT KONTINUIERLICHER FUE-TÄTIGKEIT
1993 BIS 2012**



Werte für 2012 vorläufig. Für 1997 sowie für 1995 in den Dienstleistungssektoren wurden keine Werte erhoben.

den über den Umsatzanstieg gemessen, der auf diese Qualitätsverbesserungen zurückgeht. Im Jahr 2012 fiel dieser Indikator in allen vier Hauptsektoren. Für die deutsche Wirtschaft insgesamt ergibt sich ein Wert von 1,7 Prozent.

Anteil kontinuierlich forschender Unternehmen nimmt leicht ab

Im Jahr 2012 betrieben in Deutschland etwa 31.500 Unternehmen kontinuierlich FuE. Dies sind 11,4 Prozent aller Unternehmen mit fünf oder mehr Beschäftigten in den hier betrachteten Sektoren. Im Vergleich zum Jahr 2010, als mit über 34.000 kontinuierlich forschenden Unternehmen und einem Anteilswert von 12,6 Prozent das höchste Niveau seit der Wiedervereinigung erreicht wurde, hat sich die Anzahl der Unternehmen mit kontinuierlicher FuE um 8 Prozent verringert.

Den höchsten Anteil von Unternehmen mit kontinuierlicher FuE weist die forschungsintensive Industrie auf, hier stieg der Wert 2012 auf 44 Prozent an (siehe Grafik unten). In der sonstigen Industrie forschten 2012 rund 10 Prozent der Unternehmen auf kontinuierlicher Grundlage, in den wissensintensiven Dienstleistungen sind es 16 Prozent. Kaum eine Rolle spielt FuE in den sonstigen Dienstleistungen, dort betrieben weiterhin nur 2 Prozent der Unternehmen kontinuierlich FuE.

Der Anteil der kontinuierlich forschenden Unternehmen nimmt mit der Unternehmensgröße zu. Dadurch ist der Anteil der Beschäftigten, die in kontinuierlich forschenden Unternehmen arbeiten, mit 42 Prozent deutlich höher als der auf die Unternehmenszahl bezogene Anteil. In der forschungsintensiven Industrie befanden sich 2012 sogar 81 Prozent aller Arbeitsplätze in Unternehmen mit kontinuierlicher FuE, in den sonstigen Dienstleistungen waren es 17 Prozent. In der sonstigen Industrie und in den wissensintensiven Dienstleistungen arbeiten 39 bzw. 42 Prozent der Beschäftigten in kontinuierlich forschenden Unternehmen.

Zusätzlich zu den kontinuierlich forschenden Unternehmen befasst sich ein weiterer Teil der Unternehmen anlassbezogen mit Forschung und Entwicklung („gelegentliche FuE“). Ihr Anteil lag im Jahr 2012 bei 9,3 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Die Branchenunterschiede in der FuE-Beteiligung sind ein wichtiger Indikator für die Bedeutung von Forschung und Entwicklung als Wettbewerbsfaktor. In der Chemie- und Pharmaindustrie waren im Jahr 2012 70 Prozent der Unternehmen mit FuE befasst, 57 Prozent der Unternehmen betrieben FuE kontinuierlich. In der Elektroindustrie und im Maschinenbau forschten 2012 jeweils 60 Prozent der Unternehmen, 46 beziehungsweise 41 Prozent der Unternehmen wiesen kontinuierliche FuE-Aktivitäten auf. Eine hohe FuE-Beteiligung von über 50 Prozent zeigen darüber hinaus die Unternehmen der EDV/Telekommunikation sowie die Unternehmen des Fahrzeugbaus. Mit unter zehn Prozent ist der Anteil der FuE betreibenden Unternehmen in den Unternehmensdiensten, dem Großhandel und dem Transportgewerbe sehr niedrig (siehe Grafik Seite 9).



Foto: © dpa

Nachgefragt: Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland?

Der deutsche Sozialstaat funktioniert im internationalen Vergleich sehr gut

Muss in Deutschland stärker umverteilt werden? Prof. Dr. Andreas Peichl, Leiter der neuen ZEW-Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“ zeigt auf, dass das Transfersystem von Reich zu Arm hierzulande vergleichsweise gut funktioniert.

Ihre Berechnungen zeigen, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland nur unwesentlich zugenommen hat. Jedoch lässt die öffentliche Diskussion glauben, viele Menschen in Deutschland würden immer ärmer. Warum gibt es hier offenbar ein Auseinanderklaffen zwischen Realität und Wahrnehmung?

Zunächst einmal ist zu betonen, dass Ungleichheit per se nicht schlecht ist. Im Gegenteil, wir benötigen eine gewisse Ungleichheit in der Gesellschaft. Durch sie entsteht Dynamik. Zu starke Gleichheit wiederum zerstört Leistungsanreize, wie man am Beispiel des real-existierenden Sozialismus gesehen hat.

Im internationalen Vergleich leben wir in einer nicht besonders ungleichen Gesellschaft. Im Moment ist die Ungleichheit etwas geringer als in den frühen 1960er Jahren, aber höher als in den 1980er Jahren. Es gibt immer wieder kurzfristige Trends und Schwankungen, aber langfristig gesehen verharren die meisten Ungleichheitsindikatoren für Deutschland auf einem relativ stabilen Niveau.

Was wir jedoch beobachten ist, dass sich die Ränder der Gesellschaft von dem Rest der Bevölkerung abkoppeln und die Polarisierung der Einkommen zunimmt. Am oberen Rand betrifft das nur wenige (die Top Ein-Prozent) während es am unteren Rand gut zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung betrifft. Während für weite Teile der Bevölkerung der Wohlstand steigt, wächst die Kluft zu diesen Menschen. Das erklärt zum Teil auch, warum die Ungleichheit in den letzten Jahren leicht gestiegen ist. Ob der Trend sich fortsetzt, muss sich jedoch noch erweisen. Gleichwohl haben wir einen sehr gut funktionierenden Sozialstaat, der die Ungleichheit in den Markteinkommen deutlich reduziert.

Die Umverteilung in Deutschland funktioniert nach Ihrer Einschätzung also gut und erreicht ihre Ziele?

Das kann man so sagen. Natürlich lässt sich über Details diskutieren, aber im Großen und Ganzen leben wir in einem sehr effektiven Wohlfahrtsstaat. Die Umverteilung von reich zu arm funktioniert sehr gut, so zahlen beispielsweise die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als 50 Prozent der Einkommensteuer, während die ärmsten 50 Prozent weniger als fünf Prozent zahlen. Der Staat sichert das Existenzminimum für alle Bürger und die Infrastruktur ist ausgezeichnet – gerade im internationalen Vergleich. Trotz der teilweise berechtigten Kritik am deutschen Bildungssystem bietet Deutschland relativ gute Aufstiegschancen.

Sie haben bereits erwähnt, dass die Ungleichheit beziehungsweise die Armut am unteren Rand der Einkommensverteilung steigt. Welche Rolle spielen hierbei die Hartz-Reformen?



Foto: ZEW

Prof. Dr. Andreas Peichl

Prof. Dr. Andreas Peichl ist Leiter der ZEW-Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“ und Professor für Quantitative Finanzwissenschaft an der Universität Mannheim. Die Forschungsschwerpunkte von Andreas Peichl liegen in den Bereichen (empirische) Finanzwissenschaft und Arbeitsmarktökonomik. Zu seinen aktuellen Forschungsthemen zählen die Auswirkungen der Besteuerung auf Haushaltsentscheidungen und die Einkommensverteilung, die Inzidenz verschiedener Steuerarten sowie die optimale Ausgestaltung von Steuer- und Transfersystemen im internationalen Vergleich.



Die sogenannte Armutsrisikoquote ist vom Ende der 1990er Jahre bis circa 2005 von gut zehn Prozent auf rund 15 Prozent gestiegen; seitdem jedoch konstant. Insofern haben die Hartz-Reformen zu keinem weiteren Anstieg der Armutsquote geführt. Ein Problem der Armutsmessung in entwickelten Ländern ist jedoch, dass die Armutsgrenze immer in Relation zum Durchschnittseinkommen berechnet wird. Wenn dieses nun stärker steigt als die unteren Einkommen, dann steigt die Armut, auch wenn fast alle Menschen – auch dank Sozialleistungen wie etwa Hartz IV – oberhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums liegen. Ein Hauptproblem der Hartz-Reformen ist aber vor allem, dass es auch nach den Reformen noch immer die gleichen Pro-

blemgruppen am Arbeitsmarkt gibt wie vor der Reform: Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Ein weiteres Problem ist die Ausweitung des Niedriglohnbereichs durch schlecht bezahlte Teilzeitstellen und Minijobs. Natürlich kann man einerseits sagen: Ein Minijob ist besser als überhaupt kein Job. Aber gleichzeitig zeigen verschiedene Studien, dass viele dieser Stellen sich als Sackgasse erweisen, aus der man nicht mehr herauskommt. Einen Ausweg bietet nur eine bessere Qualifikation, mit deren Hilfe die betroffenen Personengruppen am Markt ausreichend hohe Löhne erzielen können.

Prof. Dr. Andreas Peichl, peichl@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Staatliche Steuerpolitik vertiefte Wohlstandskluft in den Vereinigten Staaten

Seit Ende der 1970er Jahre hat sich die Wohlstandskluft innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft immer mehr vertieft. Eine ZEW-Studie beschäftigt sich mit der Umverteilungswirkung der US-Steuerpolitik und untersucht dabei auch, inwieweit es eine Rolle spielt, ob ein republikanischer oder ein demokratischer Präsident im „Weißen Haus“ residiert.

In den vergangenen dreißig Jahren ist der Wohlstand der Industriestaaten erheblich gewachsen. In den Vereinigten Staaten haben davon allerdings vor allem die oberen zwanzig Prozent der Einkommensbezieher profitiert, während die restlichen 80 Prozent im Vergleich nur eher magere Zuwächse auf ihren Konten verbuchen konnten. Was an dieser Entwicklung ist den Spitzengehältern für Manager und den Millionen-Boni für erfolgreiche Finanzmarktexperten sowie den gewinnbringenden Finanzinvestitionen begüterter Haushalte geschuldet und was waren Steuergeschenke an die ohnehin bereits Wohlhabenden? Um dies zu klären, hat eine Studie des ZEW die direkten Wirkungen sämtlicher US-Einkommensteuerreformen zwischen 1979 und 2007 auf die Einkommensungleichheit analysiert.

Umverteilungswirkung des Steuersystems

Methodisch ergibt sich hierbei das Problem, dass nicht nur die Steuergesetze und deren Reformen eine Auswirkung auf die Ungleichheit haben, sondern auch die Einkommensverteilung „vor Steuern“ die Umverteilungswirkung des Steuersystems entscheidend beeinflusst. So ist die Umverteilungswirkung eines progressiven Steuersystems, das höhere Einkommen überproportional besteuert, umso stärker, je ungleicher die Brutto-Einkommen in einer Volkswirtschaft verteilt sind. Dagegen findet in dem Extremfall, dass alle Steuerzahler das gleiche Einkommen haben, selbst in einem ausgeprägt progressiven System keinerlei Umverteilung zwischen den Steuerzahlern durch die Einkommensbesteuerung statt.

In der vorliegenden Studie werden mit Hilfe detaillierter Simulationsberechnungen auf Jahresbasis die gleichzeitig wirkenden Effekte durch Reformen im Steuersystem einerseits sowie durch Änderungen der Vor-Steuer-Einkommensverteilung andererseits, getrennt, indem jeweils einer der beiden Einflüsse konstant gehalten wird. Dadurch kann berechnet werden, wie stark



Foto: © dpa

Vom Schuhputzer zum Millionär? Die Steuerpolitik verschärfte zum Teil die Einkommensungleichheit in den USA.

die US-Steuerpolitik der vergangenen 30 Jahre die ungleiche Entwicklung der Einkommensverteilung begünstigt hat.

Diese Trennung ist insbesondere deswegen wichtig, weil die Vorsteuer-Ungleichheit in den USA in den letzten Jahrzehnten ungewöhnlich stark zugenommen hat. Zu diesem Trend haben verschiedene Faktoren beigetragen. Beispielsweise sind im Zuge der Globalisierung die Löhne der Geringqualifizierten erheblich unter Druck geraten, während parallel dazu die Einkommen des obersten Prozents der Einkommensbezieher deutlich angestiegen sind.

Der Einkommensungleichheit entgegenwirken

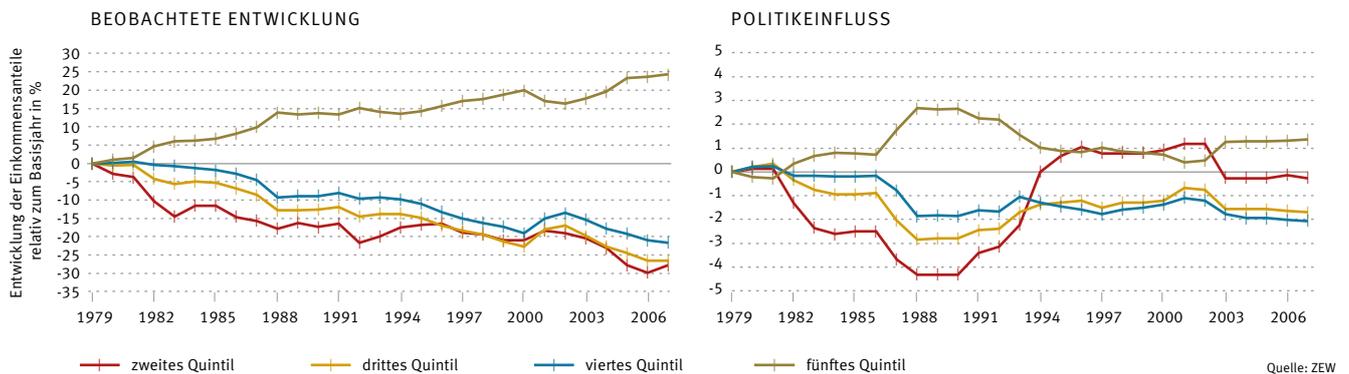
Vor diesem Hintergrund ist eine wichtige und kontrovers diskutierte Frage, ob und in welchem Ausmaß US-amerikanische Politiker versucht haben, dem Trend zu einer sich ausweitenden Einkommensungleichheit entgegen zu wirken. Ein effektives Instrument, um die Einkommensspreizung zu reduzieren, stellt

besonders ausgeprägt war, entgegen. Die Steuersenkungen aus den Jahren 2001 und 2003 unter George W. Bush bewirkten jedoch eine erneute Trendumkehr und trugen maßgeblich zur wachsenden Ungleichheit bei.

Parteilpolitische Trennung in der Steuerpolitik

Die Abbildung unten illustriert die vorab dargestellte Entwicklung. Der linke Graph zeigt die beobachtete Entwicklung der Einkommensanteile der Steuerzahler, unterteilt in die Quintile zwei bis fünf, für die Jahre von 1979 bis 2007 „vor Steuern“. Während der Einkommensanteil der Steuerzahler im obersten, fünften Quintil über den gesamten Zeitablauf hinweg um nahezu 25 Prozent angestiegen ist, waren die Einkommensanteile aller anderen Einkommensgruppen rückläufig. Der rechte Graph zeigt die Wirkung, die alleine die Steuerpolitik auf diese Entwicklung der Einkommensanteile hatte. Dazu wird ein kontrafaktisches Szenario betrachtet, in dem die Verteilung der Markteinkommen

ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSANTEILE DER STEUERZAHLER IN DEN EINKOMMENSQUINTILEN ZWEI BIS FÜNF VON 1979 BIS 2007



insbesondere die Steuerpolitik dar. Sie sorgt zum Beispiel durch einen ansteigenden Tarifverlauf der Einkommensteuer dafür, dass die Ungleichheit der Nach-Steuer-Einkommen geringer ist als die der Vorsteuer-Einkommen.

Wohlhabende besonders begünstigt

Die Untersuchungen am ZEW kommen zu dem Ergebnis, dass die amerikanische Steuerpolitik – über den gesamten Zeitablauf betrachtet – nicht sehr viel zur Eindämmung der Ungleichheit beigetragen hat. Die Steuerreformen unter Ronald Reagan in den 1980er Jahren haben insbesondere Wohlhabende begünstigt. So fiel der Spitzensteuersatz in den Jahren 1981-1988 von 70 Prozent auf 28 Prozent. Dies hat die Einkommensungleichheit, besonders in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung, deutlich erhöht. Reformen in den Jahren 1990 und 1993 unter den Präsidenten George Bush und Bill Clinton schufen wichtige Steueranreize für Familien mit geringen Einkünften und wirkten somit dem Trend der Einkommensspreizung, der in diesen Jahren

konstant auf dem Niveau von 1979 gehalten wird. Über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg haben steuerpolitische Reformmaßnahmen zum Anstieg des Einkommensanteils des fünften Quintils beigetragen, während der Einfluss der Steuerpolitik auf den Einkommensanteil der Steuerzahler im dritten und vierten Quintil negativ war.

In der Graphik zeigt sich eine recht klare parteipolitische Trennung in der Steuerpolitik. Während in den Jahren, in denen die Demokratische Partei den Präsidenten gestellt hat, die Steuerpolitik insgesamt ungleichheits-reduzierend wirkte, waren die Steuerreformen unter republikanischen Präsidenten insbesondere durch Steuersenkungen für Wohlhabende gekennzeichnet. Dies hat den Trend zur wachsenden Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft verstärkt.

Die Studie „Tax Policy and Income Inequality in the U.S., 1979-2007“ ist auch als ZEW Discussion Paper erschienen. Es findet sich unter: www.zew.de/publikation7305

Europa: Eindämmung der Krise – und dann?



Prof. Clemens Fuest referiert bei der Konferenz in Berlin zu aktuellen Herausforderungen an die europäische Politik.

Die Wirtschaftskrise im Euroraum als die derzeit zentrale wirtschaftliche Herausforderung für die europäische Politik stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Konferenz von „Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“ und ZEW Ende vergangenen Jahres in Berlin. Bei der Veranstaltung ging es zum einen darum, die aktuelle wirtschaftliche Lage richtig einzuschätzen, zum anderen um die geeignetsten Maßnahmen, um eine wirtschaftliche Erholung zu erreichen und die Europäische Währungsunion dauerhaft zu stabilisieren. Entsprechend wurde im Rahmen der Veranstaltung über die Tragfähigkeit des Konzepts für die langfristige institutionelle Architektur der Währungsunion ebenso diskutiert wie über die Frage, ob unter dem Druck der Krise Maßnahmen getroffen wurden, die zur schnellen Bereinigung einer akuten Notsituation sinnvoll sind, aber mit Blick auf eine langfristige Stabilisierung des europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems Defizite aufweisen. Gegenstand der Debatte war außerdem, wie die EU und das Eurosystem ausgestaltet werden müssen, um diese Defizite zu beseitigen. Die Beiträge aller Referenten wurden

in einer Sonderausgabe der Zeitschrift Wirtschaftsdienst veröffentlicht. Download der Beiträge im Rahmen der Sonderausgabe: <http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2014/13/>

Promotionen 2013



Die Qualifikation seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dem ZEW ein großes Anliegen. Im Jahr 2013 wurden erneut zahlreiche Promotionen am ZEW abgeschlossen. Unser Dank geht an die Betreuerinnen und Betreuer der Arbeiten, besonders an die Erstgutachterinnen und Erstgutachter.

Martin Achtnicht, „Consumer Choices Relevant to Climate Change: Stated Preference Evidence from Germany“, Prof. Reinhard Madlener, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen.

Bodo Aretz, „Empirical Essays on Wage Dynamics and Donation Options“, Prof. Wolfgang Franz, Universität Mannheim.

Katharina Finke, „Alternative Konzepte der Unternehmensbesteuerung vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen der deutschen Steuerpolitik – Eine Quantifizierung der Aufkommens- und Belastungswirkungen mittels Mikrosimulation und Propensity-Score-Matching“, Prof. Christoph Spengel, Universität Mannheim.

Jan Hogrefe, „Income and Employment Effects of Trade and Offshoring in Modern Labor Markets“, Prof. Wilhelm Kohler, Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

Daniel Höwer, „Firms and their Main Banks - Effects of Main Bank Characteristics on Firms' Bank Choice, R&D Investment, and Survival“, Prof. Konrad Stahl, Universität Mannheim.

Matthias Hunold, „Essays in Competition Economics“, Prof. Konrad Stahl, Universität Mannheim.

Tim-Alexander Kröncke, „Understanding and Harvesting Expected Returns of Asset Classes, Investment Styles, and Risk Factors“, Prof. Erik Theissen, Universität Mannheim.

Pia Pinger, „Essays on Skills Health and Human Inequality“, Prof. Gerard van den Berg, Universität Mannheim.

Franz Schwiebacher, „On the Use of Intellectual Property Rights by Innovative Firms“, Prof. Dirk Czarnitzki, Katholische Universität Löwen.

Sebastian Voigt, „The Impact of Environmental Policy on Economic Indicators: Moving from Global to Sectoral and Regional Perspectives“, Prof. Andreas Löschel, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Nikolas Wölfing, „Interacting Markets in Electricity Wholesale: Forward and Spot, and the Impact of Emissions Trading“, Prof. Katheline Schubert, Université Paris I (Panthéon-Sorbonne).

ZEW Discussion Papers

Nr. 14-004, Zareh Asatryan: The Indirect Effects of Direct Democracy: Local Government Size and Non-Budgetary Voter Initiatives.

Nr. 14-003, Zareh Asatryan, Thushyanthan Baskaran, Friedrich

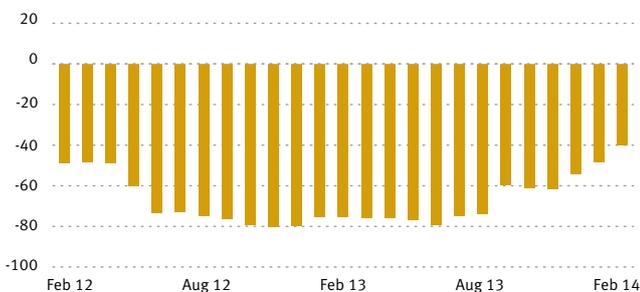
Heinemann: The Effect of Direct Democracy on the Level and Structure of Local Taxes.

Nr. 14-002, Erwin Ooghe, Andreas Peichl: Fair and Efficient Taxation Under Partial Control.

ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2014



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen auf Sicht von sechs Monaten bezüglich der Änderung der jährlichen Inflationsrate im Euroraum. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der aktuellen Konjunkturlage im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Experten senken Inflationserwartungen

Die Finanzmarktexperten senken ihre Inflationserwartungen für den Euroraum. Der entsprechende Indikator verliert im Februar 6,0 Punkte und steht nun bei 18,9 Punkten. 27,7 Prozent der Experten gehen auf Sicht von sechs Monaten von einem Anstieg der Teuerungsrate aus, 8,8 Prozent erwarten, dass die Inflation zurückgehen wird. Im Januar lag die Inflation im Vergleich zum Vorjahresmonat im Euroraum bei 0,7 Prozent. Das sind 0,1 Prozentpunkte weniger als im Dezember 2013. Setzt sich der Trend fort, könnte die Eurozone in eine Deflationsspirale rutschen.

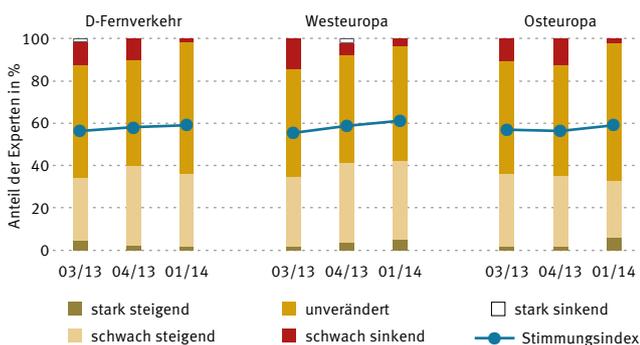
Jesper Riedler, riedler@zew.de

Eurozone: Einschätzung der Lage verbessert sich

Die Erwartungen bezüglich der konjunkturellen Lage im Euroraum sind im Februar gestiegen. Der entsprechende Indikator klettert um 8,0 Punkte auf minus 40,2 Punkte. Das ist der beste Stand seit November 2011. Für den Anstieg des Indikators dürfte vor allem die Wirtschaftsentwicklung im vierten Quartal 2013 verantwortlich sein. Mit 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone stärker als erwartet. Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich allerdings um 4,8 Punkte im Februar verschlechtert.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

Kombinierter Verkehr legt in Deutschland und Westeuropa zu



Quelle: ZEW

Die Mengenentwicklung im Kombinierten Verkehr – meist wird damit Containerverkehr assoziiert – wird von der Hälfte der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW im nächsten halben Jahr als stabil eingeschätzt. Rund 40 Prozent – im Osteuropaverkehr etwas weniger – erwarten sogar einen leichten Anstieg. Die aktuelle Stimmung liegt im Deutschland- und Westeuropaverkehr so hoch wie seit Frühjahr 2012 nicht mehr; dazu tragen neben den positiven europäischen Perspektiven vermutlich auch die guten Aussichten für Asien bei – vor allem für die Container-Transporte im Hinterlandverkehr.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Chemie- und Pharmaindustrie: weniger Prozessinnovatoren



Werte für 2013 und 2014 auf Basis von Planzahlen vom Frühjahr/Sommer 2013. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Innovationsplanung der Unternehmen der Chemie- und Pharmaindustrie 2014 lassen geringere Prozessinnovationsaktivitäten erwarten. Während 2012 und 2013 knapp die Hälfte der Unternehmen in Verfahrensinnovationen investiert hat, plant 2014 nur etwas mehr als ein Drittel die Einführung neuer Verfahren. Der Anteil der Unternehmen mit Produktinnovationsaktivitäten wird dagegen auf hohem Niveau bleiben. Insgesamt dürfte der Anteil der innovativen Unternehmen in der Chemie- und Pharmaindustrie im Jahr 2013 auf 80 Prozent gestiegen sein. Für 2014 planen 72 Prozent fest mit Innovationsaktivitäten.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Foto: ZEW

Die Folgen der OMT-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Einige Verwirrung hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung zum OMT-Programm der EZB gestiftet. „Sieg für die EZB“ titelte die Financial Times zunächst. Das Ver-

fassungsgericht hat die Entscheidung über die Zukunft des OMT an den EuGH delegiert, und der wird das Programm durchwinken, so der erste Eindruck. Bei genauerem Hinsehen zeigte sich allerdings, dass die Lage anders ist. Das Bundesverfassungsgericht wirft der EZB vor, ihr Mandat zu überschreiten. Die Rechtfertigung der Notenbank, das OMT-Programm sei notwendig, um sicherzustellen, dass die Geldpolitik überall in der Eurozone Wirkung entfalte, bezeichnen die Richter als „irrelevant“. Es sei auch nicht Aufgabe der Geldpolitik, Austritte aus der Eurozone zu verhindern. Der Kauf von Staatsanleihen im Rahmen des OMT-Programms sei gleichbedeutend mit Hilfsmaßnahmen des ESM, allerdings ohne parlamentarische Legitimation und Kontrolle.

Zwar hat das Verfassungsgericht den EuGH gebeten, das Handeln der EZB aus europarechtlicher Sicht zu beurteilen. Die Entscheidung darüber, ob das OMT-Programm fortgesetzt werden kann, wurde allerdings keineswegs delegiert. Die deutschen Richter haben signalisiert, was sie vom EuGH erwarten: Er soll das OMT-Programm in drei Punkten einschränken. Erstens soll das Volumen der Staatsanleihenkäufe begrenzt werden, zweitens soll das Programm die Risikoaufschläge an den Kapitalmärkten möglichst nicht verändern. Drittens muss die EZB von der Teilnahme an einem Schuldenschnitt ausgenommen sein. Damit wäre das OMT-Programm seiner Wirkung beraubt.

Was passiert, wenn der EuGH die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts vom Tisch wischt und das OMT-Programm „durchwinkt“? Klein begeben können die Verfassungsrichter nicht mehr. Wenn sie beabsichtigt hätten, dem EuGH die Ent-

scheidung zu überlassen, hätten sie das Programm jetzt nicht so massiv kritisiert. Sie müssten eingreifen, aber wie? Lediglich der Bundesbank zu untersagen, sich an der Durchführung des OMT-Programms zu beteiligen, wäre wirkungslos, weil andere Notenbanken einspringen könnten. Das Gericht müsste dem Bundestag untersagen, weiteren Hilfsprogrammen des ESM zuzustimmen. Die Folgen wären gravierend. Nicht nur das OMT-Programm wäre blockiert, sondern mit dem ESM auch der parlamentarisch kontrollierte und legitimierte Teil der europäischen Rettungspolitik. Europa hätte eine Verfassungskrise.

Weder der EuGH noch das Bundesverfassungsgericht sind an einer solchen Entwicklung interessiert. Deshalb wird es wohl zu einem Kompromiss kommen. Vermutlich wird man das OMT-Programm zwar fortbestehen lassen, aber einschränken, beispielsweise indem die EZB wieder vorrangigen Gläubigerstatus beansprucht. Damit ist klar: Ein Krisenmanagement, in dem der ESM überschuldeten Mitgliedstaaten Auflagen macht, während die EZB ihnen im Rahmen des OMT-Programms notfalls unbegrenzt Kredit gibt, wird es nicht geben. Das ist gut so, denn es ist nicht Aufgabe der Geldpolitik, Staaten mit Krediten über Wasser zu halten. Die EZB sieht das im Prinzip auch so. Insofern wird die Zentralbank durch das Bundesverfassungsgericht letztlich entlastet, trotz der Schelte für die Mandatsüberschreitung. Für die Politik stellt sich nun die Aufgabe, die fiskalpolitischen Institutionen in der Eurozone so zu reformieren, dass die nächste Krise zu meistern ist, ohne die Last der fiskalpolitischen Stabilisierung hoch verschuldeter Mitgliedstaaten der EZB aufzubürden.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrmer · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Redaktion Schwerpunkt Innovationen: Dr. Christian Rammer · Telefon 0621 / 12 35 - 184 · rammer@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2014